

Rätselhafte Uhrenstelle

Eine Zeitungsüberschrift aus dem Januar 1972 mag sich nicht allen Leserinnen und Lesern auf Anhieb erschließen

„Mustergültige Schau der Uhrenstelle“, titelten die Zeitungen im Januar 1972, für mich zunächst rätselhaft. Darunter hieß es weiter: „Taubenfreunde aus sechs Vereinen hatten weder Mühen noch Arbeit gescheut“. Mit Tauben also muss eine Uhrenstelle in Verbindung stehen – genauer gesagt, mit dem Brief- oder Reisetaubensport. Die Züchter lassen ihre Vögel von bestimmten „Auflassorten“ aus um die Wette nach Hause fliegen. Um sicher festzustellen, welche Taube als erste den Weg zurück gefunden hat, gibt es die „Uhrenstelle“. Hierher, zur Wettkampf-Uhr, bringen die Züchter ihre heimgekehrten Tiere, um deren Ankunftszeit zweifelsfrei festzuhalten. Früher gab es dafür mancherorts eine mechanische „Konstatieruhr“, die diesen Zeitpunkt auf einem Papierstreifen druckte, und gleichzeitig die Fußringe der Tauben in der Reihenfolge ihres Vorzeigens aufnahm. Die Jahres-Gewinner erhielten als Urkunde ein sogenanntes „Tauben-Diplom“.

Eines davon ist durch die freundliche Vermittlung einer Familie aus Verl im Stadtarchiv überliefert. Auf der von Paul Kornberg aus Werther künstlerisch angefertigten Urkunde lesen wir: „Der Züchter Alois Hunke stellte mit der Taube 03415-49-48 den Jungtier-Sieger 1949 des Vereins 'Unausbleiblich' Verl. Der Vorstand – Voßhenrich“. Das Bild zeigt höchstwahrscheinlich das ausgezeichnete Tier selbst.



Das von Hand gezeichnete und ausgemalte „Tauben-Diplom“ für Alois Hunke und seine Taube aus dem Jahr 1949.

Oft war es eine Gastwirtschaft, die der Uhrenstelle und dem Uhrenschrank Platz bot. Die Ausstellung der Uhrenstelle Verl im Januar 1972 fand in einem ihrer Vereinslokale, in Sürenheide im Haus Ohlmeyer, statt. Zu diesem Zeitpunkt gehörten ihr die Vereine „Club“, „Tempo“, „Unausbleiblich“ und „Kehre Wieder“ aus Verl, „Gut Flug“ aus Sende und „Heimatliebe“ aus Varenzell an. Die drei erstgenannten hatten die Uhrenstelle Verl gut ein Jahrzehnt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs im März 1954 erneut in Leben gerufen. 1957 schloss sich „Heimatliebe Varenzell“, 1965 „Gut Flug Sende“ und 1966 der gerade gegründete Verein „Kehre Wieder“ an.

Seit 1959 fanden jährlich eigene Ausstellungen der Uhrenstelle Verl statt. Auch 1972 stellten die Mitglieder hier ihre schnellsten Vögel vor, ebenso wie noch „ungereiste“ Tauben, die zu Hoffnungen berechtigten. Die Jahresausstellung ist zu einer Tradition geworden, die die Vereine unter dem Dach der „Reisevereinigung Verl-Bornholte“ bis in unsere Zeit weitergeführt haben.

Aus dem Haus Goethestraße 19 in Verl wird das „Droste-Haus“

Im Februar 1972 erhielt der Sitz des Jugendaustauschwerks seinen Namen

Das „Droste-Haus“ ist als Bildungsstätte und Sitz des Jugendaustauschwerks JAW ein Begriff über die Grenzen Verls hinaus. Heute befindet es sich am Schillingsweg, in dem für seine Zwecke umgebauten Gebäude der ehemaligen Volksschule Bornholte-Seppler. Doch seinen Ursprung hat es in der Goethestraße 19, dem Wohnhaus der Familie Wöstemeyer. Dort boten Hugo Wöstemeyer und seine Frau Christel Bildungsveranstaltungen nach der Art einer Volkshochschule an und dort begrüßten sie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des von ihnen durchgeführten Jugendaustausches. Beides war aus dem Wunsch der Wöstemeyers und ihres Freundeskreises erwachsen, nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, der von Deutschland ausgegangen war, einen Beitrag zur Aussöhnung unter den Völkern zu leisten. Dies sollte durch die unmittelbare Begegnung geschehen, von jungen Gästen aus Deutschland mit ihren Gastfamilien im Ausland ebenso wie von jungen Gästen aus dem Ausland mit ihren Gastfamilien in Verl. Dieser Jugendaustausch wollte vorbereitet sein: Aus den Sprachkursen und Vortragsabenden, die der Einstimmung auf die Begegnungen dienten, entwickelte sich ein Angebot von Bildungsveranstaltungen für Jugendliche und Erwachsene. 1959 entstand der Verein „Jugendaustauschwerk des Kreises Wiedenbrück e.V.“ mit Sitz im Haus der Wöstemeyers. Doch hatte dieses „Haus der offenen Tür“ noch nicht seinen heutigen Namen. Den erhielt es im Rahmen einer Feierstunde am Sonntag, dem 6. Februar 1972. In diesem Jahr jährte sich der Geburtstag der westfälischen Dichterin Annette von Droste-Hülshoff zum 175. Mal. Doch nicht dieses Jubiläum sei der Anlass für die Namensgebung gewesen, berichteten die Zeitungen: Als Vorsitzender des Jugendaustauschwerkes und der Bildungsstätte wollte Hugo Wöstemeyer „zunächst einmal den Namen einer bedeutenden Persönlichkeit Westfalens, zum anderen faszinierte ihn die Ehrlichkeit der Aussage im Werk der Droste.“

Die zahlreich erschienenen Ehrengäste unterstrichen die Bedeutung des Droste-Hauses in Verl. Hugo Wöstemeyer konnte Bürgermeister Hubert Hermwille, Pastor Heinz Hölscher aus Neuenkirchen, den Leiter der Droste-Forschungsstelle Dr. Winfried Woessler aus Münster, Bernd Kortländer als Rezitator, mehrere Mitglieder des Gemeinderats, die Rektoren Winfried Schulte und Heinz Müller sowie den Direktor Theodor Meyer und Amtmann Fritz Adämmer als Vertreter des Gemeindedirektors begrüßen. Nach dem Grußwort des Bürgermeisters hörten die Anwesenden, der Bildungsstätte angemessen, ein wissenschaftliches Referat über Annette von Droste-Hülshoffs Gedichtzyklus "Das geistliche Jahr", begleitet von Rezitationen.

Die Kreise Halle und Wiedenbrück auf dem Weg in eine gemeinsame Zukunft

Im März 1972 stellte der Kreis Wiedenbrück die Weichen für die Polizei im zukünftigen Kreis Gütersloh

Im März 1972 hatte der nordrhein-westfälische Landtag das „Gesetz zur Neugliederung der Gemeinden und Kreise des Neugliederungsraumes Bielefeld“, das sogenannte Bielefeld-Gesetz, noch nicht beschlossen. Es war also unklar, ob es, wie geplant, am 1. September 1972 oder doch erst am 1. Januar 1973 in Kraft treten könnte. (Letzteres traf schließlich ein.) Doch der Kreis Wiedenbrück, den dieses Gesetz betraf, weil er zukünftig mit dem Kreis Halle und der Großgemeinde Harsewinkel aus dem Kreis Warendorf den neuen Kreis Gütersloh bilden sollte, bereitete sich auf die kommenden Veränderungen bereits vor.

Die Zeitungen berichteten zunächst über die Neugliederung des uniformierten Polizei-Streifendienstes vor Ort, der Schutzpolizei. Wie bei der Neugliederung der Städte, Gemeinden und Kreise, die kleinere Einheiten zu größeren, leistungsfähigeren zusammenschloss, war auch hier „Konzentration“ das Ziel. Dafür löste der Kreis Wiedenbrück mehrere Polizeistationen auf und beließ lediglich diejenigen in Gütersloh und Rheda-Wiedenbrück. Aus der rund um die Uhr besetzten Polizeistation in Verl wurde nun eine – immerhin noch mit fünf Beamten, aber nicht mehr durchgehend besetzte – Polizeiwache mit einem Polizeiposten in Kaunitz, betreut von der Station in Gütersloh. „Die Einrichtung der großen Stationen und der Polizeiwachen mit einer ausgewogenen technischen Ausrüstung und ausreichenden personellen Besetzung lasse die Polizei effektiver zum Wohle der Bürger arbeiten“, zitierten die Journalisten Oberkreisdirektor Hans Scheele.

Ebenfalls im März besuchte der Oberkreisdirektor gemeinsam mit Landrat Paul Lakämper ein Treffen von Vertretern der Kreisausschüsse der Kreise Halle und Wiedenbrück in der Gastwirtschaft Ameling in Verl, „in einer harmonischen Atmosphäre“, wie die Zeitungen berichteten. Für die Vereinigung der Kreise Wiedenbrück und Halle waren weitere Gespräche über die Ausgestaltung des Gebietsänderungsvertrags nötig. Denn Aufgaben, die bis dahin jeder Kreis für sich wahrgenommen hatte, wie den Ausbau der Kreisstraßen und des öffentlichen Nahverkehrs, die Pflege der Gewässer „von überörtlicher Bedeutung“ („II. Ordnung“) und die Unterhaltung der Berufsschulen, mussten im neuen Großkreis Gütersloh aufeinander abgestimmt und zusammengeführt werden.



Das Rathaus in Verl war über viele Jahre Sitz der Polizei.
Auf der aus der Festschrift „75 Jahre Polizeistation Gütersloh 1910-1985“ entnommenen Fotografie lässt sich das Hinweisschild „Polizei“ über dem Grün links von der Eingangstür an dem vorspringenden Giebelbau erahnen.

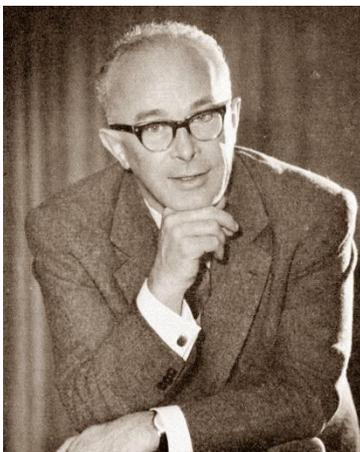
Das Ende des Kreises Wiedenbrück „einmütig und freudig besiegelt“

Mit der Verabschiedung des Gebietsänderungsvertrags im April 1972 sahen sich die Beteiligten auf dem Weg des Fortschritts

Noch im März 1972 hatten sich Vertreter der Kreisausschüsse der Kreise Wiedenbrück und Halle in Verl getroffen, um Einzelheiten eines Gebietsänderungsvertrags zu besprechen. Ein solcher Vertrag war für den im Rahmen der kommunalen Neugliederung geplanten Zusammenschluss der Kreise Wiedenbrück und Halle und der Großgemeinde Harsewinkel zu einem neuen Kreis Gütersloh unabdingbar. In ihm legten die Beteiligten fest, wie der neue Kreis in Zukunft seine Aufgaben erfüllen sollte.

Zu den Punkten des Vertragswerks gehörten unter anderem die Bestimmung des Namens des neuen Kreises und des Sitzes der Kreisverwaltung, der Übergang des unbeweglichen Vermögens der alten Kreise auf den neuen, die Entschädigung des Kreises Warendorf für den Verlust Harsewinkels, der weitere Ausbau der Kreisstraßen, des öffentlichen Nahverkehrs und der Gewässer von überörtlicher Bedeutung sowie die Unterhaltung der Schulen in Kreis-Trägerschaft. Als der Kreistag Wiedenbrück den Vertrag am 15. April 1972, einem Samstag, einstimmig verabschiedete und Oberkreisdirektor Hans Scheele und Kreisdirektor Dr. Werner Sturzenhecker ihn daraufhin unterzeichneten, war dies „ein historischer Moment in der 150jährigen Geschichte des Kreises Wiedenbrück“, wie die Zeitungen schrieben. Sein Ende war damit beschlossen.

Als Gemeinde des Kreises Wiedenbrück würde Verl demnach bald dem Kreis Gütersloh angehören. Im benachbarten Schloß Holte-Stukenbrock hingegen war die Situation nicht geklärt. Die zum 1. Januar 1970 neu gebildete Doppelgemeinde gehörte im Augenblick noch dem Kreis Bielefeld an, doch der würde zugunsten der Stadt Bielefeld aufgelöst werden. Nun traten zwischen den „Zwangsgeschwistern“ erneut Spannungen zutage: Die Schloß Holter „sahen bessere Verkehrsverbindungen nach Gütersloh“ und sprachen sich für eine Zugehörigkeit zum Kreis Gütersloh aus, die Stukenbrocker sahen sich im Kreis Paderborn. Sollte Bürgermeister Oesterwalbesloh bei dem geplanten Anhörungstermin zum sogenannten Bielefeld-Gesetz in Bad Oeynhausen von diesem Streit berichten? Das gäbe ein schlechtes Bild ab, fürchtete er. Schließlich erhielt er den Auftrag, den im November 1971 einstimmig gefassten Beschluss vorzutragen, gemeinsam im Kreis Bielefeld zu verbleiben.



Oberkreisdirektor Hans Scheele unterzeichnete im April 1972 für den Kreis Wiedenbrück den Gebietsänderungsvertrag. Die Fotografie stammt aus dem Band „Männer der Verwaltung von Schele bis Scheele“ der Reihe „Monographie des Kreises Wiedenbrück.“

Ein Kompromiss, der den Wünschen der Gemeinde näher kam, als den Vorstellungen der Planungsbehörden

Im Mai 1972 nahm der Rat den Entwurf des Flächennutzungsplans an

Im Mai 1972 fanden die Zeitungen ein reiches Angebot an Berichtenswertem in Verl. Die ersten Tage des Monats brachten den Leserinnen und Lesern ausführliche Nachrichten über die Eröffnung der achten Frühjahrsmesse in der Ostwestfalenhalle, mit Bundeswirtschaftsminister a. D. Dr. Werner Dollinger als prominentem Gast. Im Rahmen der Frühjahrsmesse hatte auch der Kreislandjugendtag in Kaunitz stattgefunden, den Weihbischof Dr. Johannes Joachim Degenhardt besuchte. Am 15. Mai zeigten die Zeitungen das Modell der Leichenhalle (Friedhofskapelle) des Architekten Hermann Mertens aus Gütersloh, die die politische Gemeinde Verl auf dem Friedhof der katholischen Kirchengemeinde St. Anna am Friedhofsweg errichten wollte. Das Droste-Haus erhielt die Anerkennung als „Haus der offenen Tür“ durch das Land. Am 25. Mai fand die Einweihung des Gemeinschaftskläwerks in Sende statt, das zwar bereits seit zwei Jahren in Betrieb, aber erst jetzt mit allen Bauten und Anlagen endgültig fertiggestellt war. Und am 27. Mai feierte der Turnverein Verl sein 60jähriges Bestehen mit einem Festakt in der Aula der Realschule.

Doch am bedeutendsten für die Zukunft der Gemeinde Verl war sicherlich die Sitzung des Gemeinderats am Dienstag, dem 9. Mai, in der er den Entwurf des Flächennutzungsplans für das Gemeindegebiet behandelte. Denn ein solcher Plan, der ihre zukünftige räumliche Entwicklung ordnete, fehlte der erst seit dem 1. Januar 1970 bestehenden Großgemeinde Verl. Jetzt hatte die Planungsstelle des Kreises Wiedenbrück ihn unter Einbeziehung der Strukturanalyse der Arbeitsgruppe für Stadtentwicklung und Kommunalbau (ASK) in Berlin und unter Berücksichtigung von Wünschen aus Verl erarbeitet. Kreisbaudirektor Gerriet Latta erläuterte das Ziel des Flächennutzungsplans, nämlich die langfristige Festlegung der Bodennutzung, um eine weitere Zersplitterung des Gemeindegebiets durch Streusiedlungen zu verhindern. Der Plan zeigte, wo in Zukunft noch neue Wohn- und Gewerbegebiete entstehen konnten und welche Naherholungsräume unangetastet bleiben sollten. Der Entwurf sah den Schwerpunkt einer zukünftigen Wohnbebauung im Süden des Ortes Verl, ein neues großes Gewerbegebiet schlug er in Kaunitz vor, als Naherholungsräume bezeichnete er den Verler See in Sürenheide und den Holter Wald in Sende. Außerdem wurden „trotz starker Bedenken der Landesplanung, jedoch schließlich mit Zustimmung der Regierung“ auf Wunsch aus Verl „die bestehenden Baugebiete Sielhorst, Eiserweg, Bornholte-Bahnhof und Sende-Helfbernd mit in den Flächennutzungsplan aufgenommen.“ Hier waren keine Ausweitungen, aber doch Verdichtungen möglich, die eine Reserve für den Wohnungsbau bilden konnten. Darüberhinaus berücksichtigte der Entwurf die Bereiche zwischen Sürenheider Straße und Autobahn und an der Waldstraße in Sürenheide als Gewerbegebiete. Für das Gewerbegebiet Verl-West am Eiserweg stand fest, dass es „nicht unbegrenzt nutzbar sein“ würde, „da die Wohnbebauung am Eiserweg Einschränkungen“ erforderte. Dennoch fand es ebenfalls Eingang in den Entwurf. Denn dieser sei ein Kompromiss, „der den Wünschen der Gemeinde näher komme, als den Vorstellungen der Planungsbehörden“, betonte der Kreisbaudirektor. Der Gemeinderat nahm entsprechend den Entwurf des Flächennutzungsplans einstimmig an. Er prägt das Bild des Stadtgebiets bis heute.



Im Süden des Ortes Verl, der den Vordergrund dieser Ansichtskarte aus der ersten Hälfte der 1970er Jahre bildet, sah der Entwurf des Flächennutzungsplans den Schwerpunkt der künftigen Wohnbebauung.

Die Gemeinde Verl legte der Entwicklung des Ortsteils Kaunitz keine Hindernisse in den Weg Im Juni 1972 fand eine Bürgerversammlung in der Gastwirtschaft Liemke statt

Im Mai hatte der Gemeinderat den Entwurf des Flächennutzungsplans für die Großgemeinde Verl einstimmig verabschiedet. Dieser Plan sollte die Zersplitterung des Gemeindegebiets verhindern, indem er die Art und Weise der Flächennutzung festlegte und bestimmte, wo neue Wohn- und Gewerbegebiete entstehen und wo Naherholungsgebiete liegen sollten. Bei Kaunitz sah der Flächennutzungsplan ein neues Gewerbegebiet im Raum „Zur alten Wiese“ vor. Das nahm die CDU als größte Fraktion im Rat zum Anlass, die Kaunitzerinnen und Kaunitzer im Juni 1972 zu einer Bürgerversammlung in der Gastwirtschaft Liemke am Fürst-Wenzel-Platz einzuladen. Gleich acht Mitglieder der 24-köpfigen Ratsfraktion waren gekommen: Margarete Adamek, Reinhold Brink, Hermann Dreismann, Josef Großeschallau, Josef Lakämper, Heinrich Meermeier, Ludwig Mühlenkord und Adolf Müller.

Zunächst stellten Reinhold Brink und Josef Lakämper das geplante Gewerbegebiet vor, das heute nicht nur Grundstücke an der Straße „Zur alten Wiese“, sondern außerdem am Kapellenweg, an der Daimlerstraße, an der Siemensstraße und am Breedeweg umfasst. Neben diesem Raum für die gewerbliche Bebauung sah die Politik auch genügend Grundstücke für eine weitere Wohnbebauung in Kaunitz, vor allem nahe der Holter Straße. Falls diese Befürchtung in Kaunitz bestanden haben sollte: Die Gemeinde Verl legte der Entwicklung des Ortsteils keine Hindernisse in den Weg, fassten die Zeitungen ihren Eindruck zusammen.

Die versammelten Gäste nutzten die Gelegenheit, ihre politischen Vertreterinnen und Vertreter an den schlechten baulichen Zustand der Straßen in der Dorfmitte zu erinnern, nämlich der Paderborner, der Holter und der Fürstenstraße. Damit empfehle sich Kaunitz den Tausenden von Besucherinnen und Besuchern des monatlich dort stattfindenden Hobbymarkts ganz und gar nicht. Die Politik versprach Abhilfe. Doch grundlegend würde sich die Situation erst durch den geplanten Aus- und Neubau der Paderborner Straße innerhalb des Dorfes ändern. Die entsprechenden Vermessungsarbeiten, die die Anbindung der Holter und der Fürstenstraße mit einbezogen, waren immerhin inzwischen zum Abschluss gekommen.

Als letzte Mitteilung erhielten die Versammelten die Nachricht, dass der Bau des Kindergartens in Kaunitz in Kürze beginnen sollte. Tatsächlich vergab die Gemeinde Ende Juni die Bauhauptarbeiten an ein Unternehmen aus Verl. Damit würde in Kaunitz der erste Kindergarten in der Trägerschaft der Großgemeinde Verl entstehen.



Bürgerversammlung in der Gastwirtschaft Liemke in Kaunitz:
Auf der Luftaufnahme des Dorfkerns aus dem Jahr 1972 mündet unten, gegenüber der Shell-Tankstelle, die Holter in die Paderborner Straße ein, von der zwischen der Gastwirtschaft Liemke und dem Gasthof Zur Post die Fürstenstraße abzweigt. Von der wiederum geht vor dem Haus Nordbrock der Erlenweg nach links ab.

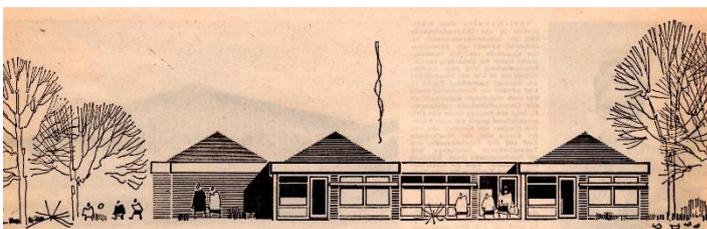
Wie die Dinge ihren Lauf nehmen – oder auch nicht

Im Juli 1972 „läuft es“ beim Kindergarten Kaunitz und holpert es beim Sonderschulverband

Der Rückblick in die Zeitungen „von gestern“ lenkt das Augenmerk immer wieder darauf, wie manche öffentliche Vorhaben ganz planmäßig verlaufen, während andere dies nicht tun. Das zeigt sich beispielsweise in den Zeitungen im Juli 1972.

Über ein Jahr zuvor, im April 1971, hatte der Rat der Gemeinde Verl beschlossen, langfristig mehrere hundert Kindergartenplätze zu schaffen. Denn die fehlten in Verl, wie die Kindergartenzielplanung des Kreises offengelegt hatte. Es bestand einzig im Dorf Verl ein Kindergarten der Kirchengemeinde St. Anna, doch die Kirchengemeinde St. Maria Immaculata würde vom Generalvikariat keine Mittel für die Errichtung eines Kindergartens im Dorf Kaunitz erhalten. Vor diesem Hintergrund hatte der Rat seinen Beschluss gefasst, und bestimmt, dass der erste Kindergarten in der Trägerschaft der politischen Gemeinde in Kaunitz entstehen sollte. Inzwischen, im Juli 1972, hatten die Dinge ihren Lauf genommen und der Baubeginn stand kurz bevor. Die Zeitungen veröffentlichten den Entwurf des Architekten Paul Krisch aus Brackwede, der vier Gruppenräume für jeweils 30 Kinder umfasste, zusammengefasst in einem kindgerechten eingeschossigen Gebäude mit mehreren Giebeldächern. Es sollte „Am Furlbach“ entstehen, in unmittelbarer Nachbarschaft der Grundschule Kaunitz. Die Lage war mit Bedacht gewählt: Die Kinder würden, „wenn sie in das erste Schuljahr kommen, den gleichen Weg haben wie vorher zum Kindergarten.“

Bei einem anderen Vorhaben hingegen sorgten Planänderungen für Verstimmungen: Im September 1971 hatte der Rat beschlossen, gemeinsam mit der Stadt Rietberg einen Sonderschulverband zu gründen. Mit der ehemaligen Volksschule Varenzell IV am Langen Schemm gab es auf dem Gebiet der Stadt Rietberg bereits ein passendes Gebäude, das sich nahe der Gemeindegrenze zu Verl befand. 55 Kinder aus Rietberg und 15 aus Verl besuchten die Schule – die heutige Martinschule – bereits. Doch nun, im Juli 1972, wurde bekannt, dass die Bezirksregierung in Detmold und das Staatshochbauamt in Bielefeld, die beide mit in die Bauplanung einbezogen waren, die notwendigen Investitionen für die Ertüchtigung des alten Gebäudes nicht hatten befürworten wollen. Das Ziel der Landesregierung, „Sonderschulen als doppelzügige Schulen zu errichten und diese in der Form von Ganztagschulen führen zu lassen“, sollte sich ihrer Ansicht nach in einem Neubau im Schulzentrum Rietberg besser verwirklichen lassen. Die Verler Mitglieder des Sonderschulverbands hingegen hatten weiterhin die Meinung vertreten, „daß die Sonderschüler in der freien Natur am Langen Schemm am besten aufgehoben wären“. Doch die Geldgeber für die gemeinsame Sonderschule, das Land und der Kreis, ließen sich nicht umstimmen. Sie hielten an dem Standort Schulzentrum Rietberg fest und so hatte sich bereits am 30. Juni der Sonderschulverband „trotz schwerwiegender Bedenken“ aus Verl darauf geeinigt.



Architekt Paul Krisch aus Brackwede entwarf den Kindergarten in Kaunitz.

Schützenfest und Volksradfahren: „Erwartet viele Besucher!“ Der August 1972 stand im Zeichen der Geselligkeit und des Freizeitvergnügens

Der Sommermonat August stand nach den Berichten der örtlichen Zeitungen 1972 ganz im Zeichen der Geselligkeit und des Freizeitvergnügens. Am Anfang des Monats fand das Schützenfest des Bürgerschützenvereins Verl-Bornholte-Sende statt. Aloys Berenbrink und Annette Schlangenotto lösten nach dem Vogelschießen als neues Königspaar Hugo Brummel und Erika Moschko ab. Mit einem Umzug durch die Gemeinde leitete das Paar sein Regierungsjahr ein. Viele Verlerinnen und Verler säumten dabei die Straßen.

Am Wochenende darauf standen erneut zahlreiche Schaulustige auf den Bürgersteigen: Die „Radsportgemeinschaft Grün-Weiß Verl von 1969“ führte erstmals ein „Volksradfahren“ im Sinne der „Trimm Dich fit“-Bewegung des Deutschen Sportbunds durch. 250 Radlerinnen und Radler nahmen daran teil; der jüngste war ein Einjähriger, der als „Sozius“ dabei war, der älteste ein 74-jähriger Radfahrer. Sie fuhren eine 20 Kilometer lange Runde, die sie von der Ostwestfalenhalle in Kaunitz über Verl durch den Holter Wald wieder zur Halle zurückbrachte. „Bummeln war erlaubt“, denn es gab keine zeitliche Begrenzung. So wurde das Volksradfahren zu einem „ungetrübten Wochenendausflug“ bei schönem Wetter, an dem alle eine „Goldmedaille“ erhielten, wenn sie im Ziel eintrafen.

Am Ende des Monats blickten die Zeitungen erneut auf die Ostwestfalenhalle, als sie für den nächsten Hobbymarkt am 2. September 1972 ein Sonderpostamt mit Sonderstempel ankündigten. Bei über 20.000 Besucherinnen und Besuchern, die zuletzt im August gekommen waren, hatte die Bundespost eine entsprechende Anregung der Gemeinde aufgegriffen. Sie sagte zu, dass drei Postbeamte kommen und den Sonderstempel auf frankierte Briefe und andere Papiere drücken würden.

Dank der Aufmerksamkeit eines Sammlers hat ein Originalbrief mit zwei Abdrücken des Sonderstempels den Weg in das Stadtarchiv gefunden. Den Entwurf des Gütersloher Grafikers Werner Schnabel lobte die Bundespost als einen „der schönsten und beziehungsreichsten, den wir je gehabt haben“, wie die Zeitungen zitierten. Der Künstler nahm dabei auf das Marktgeschehen und die Markthalle selbst Bezug. In der Mitte steht ein Kreis, den die charakteristische Silhouette des Hallendachs waagrecht teilt, was „als W im O (Ostwestfalenhalle) gedeutet werden kann“. Der Kreis ist umgeben von einem Kaninchen, einem Speichenrad, einem Krug, einer Schaufel, einem Pony und einer Taube – sie stehen stellvertretend für das vielfältige Angebot, das die Gäste auf dem Hobbymarkt erwartete.



Die Briefmarkenserie zu den Olympischen Spielen in München 1972 versahen die Postbeamten im Sonderpostamt Ostwestfalenhalle mit zwei Sonderstempeln.

Auch der ländliche Raum muss sich dem Wandel stellen

Im September 1972 feierte die Katholische Landjugendbewegung Verl ihr 25jähriges Bestehen und plante dazu eine Diskussion über strukturelle Veränderungen auf dem Land

Die örtlichen Zeitungen begannen den September wie in jedem Jahr mit der ausführlichen Berichterstattung über das Volksfest Verler Leben am ersten Wochenende des Monats und seine Attraktionen, wie die Eröffnung, ein Ballonwettfliegen, eine Verlosung, den Flohmarkt und das abschließende Feuerwerk. Im weiteren Verlauf des Monats konnten sie die Verlerinnen und Verler über bemerkenswerte Veränderungen informieren, die alle eine ausführlichere Beschreibung im Rahmen dieser Reihe verdient hätten:

- Die Deutsche Bank eröffnete in der Wilhelmstraße erstmals eine Filiale für ihre Kundschaft in der sich wirtschaftlich vielversprechend entwickelnden Gemeinde.
- Das Hauptschulgebäude näherte sich mit dem Richtfest der Fertigstellung und sollte im kommenden Jahr zu einer spürbaren Entlastung der angespannten schulräumlichen Situation beitragen.
- Das Wäldchen „Am Bühlbusch“, das die politische Gemeinde langfristig gepachtet hatte, hatte sie im Geschmack der Zeit zu einem Ort der Erholung und einem Spielplatz für Jung und Alt umgestalten lassen, wobei das Prozessionskreuz als Ziel an Christi Himmelfahrt erhalten geblieben war.
- Die zweite Lesung des Bielefeld-Gesetzes im Landtag ließ keinen Zweifel an der Entstehung des neuen Kreises Gütersloh zum 1. Januar 1973 sowie daran, dass auch die Gemeinde Schloß Holte-Stukenbrock ihm in Zukunft angehören sollte.
- Der Bundestagsabgeordnete Dr. Rainer Barzel erlebte in der Gastwirtschaft „Hildenhof“ in Bornholte im Vorfeld der Bundestagswahlen seine Nominierung als Direktkandidat seines Wahlkreises Paderborn-Wiedenbrück für die CDU. Er machte sich Hoffnungen auf das Kanzleramt.

Sein Parteigenosse Karl Bewerunge, als Landwirtschaftsminister in Rainer Barzels Schattenkabinett vorgesehen, sollte am Sonntag nach dem Erntedankfest, am 1. Oktober, auf Einladung der Katholischen Landjugendbewegung (KLJB) Verl in der Schützenhalle eine Podiumsdiskussion bestreiten, gemeinsam mit Dr. Ulrich Lohmar (SPD) und dem Herausgeber und Verleger des „Spiegel“, Rudolf Augstein (FDP), die Rainer Barzel in seinem Wahlbezirk herausforderten. An diesem Wochenende feierte die KLJB ihr 25jähriges Bestehen. 1947 in Sende als Katholische Landjugend gegründet, schloss sich diese Gruppe 1953 mit denjenigen aus Verl und Bornholte zur KLJB Verl zusammen. Unter dem Dach des ebenfalls 1947 gegründeten Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) beschäftigten sich die jungen Frauen und Männer der KLJB mit der Situation der Jugendlichen in der Landwirtschaft, mit ihrer Ausbildung, aber auch mit der Entwicklung ihres Umfelds. Entsprechend sollte die geplante Diskussion „Die strukturellen Veränderungen im ländlichen Raum und die Folgen für die Menschen“ behandeln. Die Zeitungen berichteten über dieses ernste Thema der KLJB in pastoralem Ton: „Das Land von heute ist kein Winkel mehr, an dem die Zeit vorübergeht. Es muß sich auch dem Wandel stellen. Überlieferte Formen des Zusammenlebens, gewohnte Weisen des Wirtschaftens und vertraute Wege verfehlen oft ihren Sinn, weil Neues an die

Stadtarchiv Verl, Annette Huss

Stelle tritt. Die Verler Landjugend hat sich diesem Wandel stets gestellt. Unter der Leitung guter Präses (heute Vikar Wolfgang Schmidt) verstand sie die Veränderungen auf dem Lande als eine Forderung und Anruf Gottes und will mit ihrem Programm eine Antwort geben für sich, die Landwirtschaft und alle Menschen des Landes. Sie will vom Glauben getragen und von der Sorge bewegt, die Zukunft gewinnen.“

„Für das Wohl der Gemeinde nichts unversucht lassen“

Während sich der ländliche Raum veränderte, hielt der Rat im Oktober 1972 an dem langjährigen Verwaltungsleiter Dr. Hans-Georg Klose fest

Zur Feier ihres 25jährigen Bestehens hatte die katholische Landjugendbewegung Verl (KLJB) am 1. Oktober 1972 zu einer Podiumsdiskussion über „Die strukturelle Veränderung im ländlichen Raum und die Folgen für die Menschen dieses Raums“ in die Schützenhalle eingeladen. Sie hatte namhafte Teilnehmer zu Gast: Den Fachmann für landwirtschaftliche Fragen in der CDU, den Bundestagsabgeordneten Karl Bewerunge, sowie den Bundestagsabgeordneten Dr. Ulrich Lohmar (SPD) und den „Spiegel“-Herausgeber und Verleger Rudolf Augstein (FDP), die beide bei der bevorstehenden Bundestagswahl im November Rainer Barzel (CDU) in seinem Wahlkreis Paderborn-Wiedenbrück herausforderten. Als Moderator hatte die KLJB Werner Höcker gewonnen, den bekannten WDR-Journalisten, in der Hoffnung, dass er die drei „Leute von Format“ nötigenfalls „in die Schranken“ würde weisen können.

Wie es im Vorfeld einer Bundestagswahl nicht anders zu erwarten war, blieb die Diskussion trotz des erfahrenen Gesprächsleiters lediglich am Anfang bei dem eigentlichen Thema, nämlich den sinkenden Einkommen in der Landwirtschaft und der Abwanderung der Arbeitskräfte in andere Berufe und Regionen. Sollte die Politik diesen „Auszug aus der Landwirtschaft“ unterstützen, wie Karl Bewerunge und Ulrich Lohmar meinten, oder den Wert des ländlichen Raums für den Umwelt- und Landschaftsschutz betonen, wie Rudolf Augstein vortrug? Von hier war es nicht weit zu Fragen der „Finanz-, Wirtschafts- und Stabilitätspolitik“, und schließlich kam die Sprache auf das heikle Thema „Spenden aus der Industrie an die Parteien“. Während Karl Bewerunge die Ansicht vertrat, dass es nur „im Hinblick auf den Umweltschutz problematisch sei, wenn eine Partei“ der erhaltenen Spenden wegen „auf die Industrie hören müsse“, forderten Ulrich Lohmar und Rudolf Augstein „Offenheit in Spendenfragen“.

Trotz des ausufernden Gesprächs sah die KLJB ihr Ziel erreicht, dass sich die Bürgerinnen und Bürger mit Hilfe der Veranstaltung „über die Arbeit der einzelnen Parteien bezgl. des gestellten Themas orientieren“.



Einen Eindruck von der Landwirtschaft in Verl in den 1970er Jahren vermittelt diese Aufnahme aus dem Buch „Verl, unsere Gemeinde“ von Friedrich Adämmer und Udo Graffunder aus dem Jahr 1978.

„Oben k.o., unten o.k.“

Im November 1972 fanden „oben“ der Bundestagswahlkampf und „unten“ die tägliche Kommunalpolitik statt

Anfang Oktober hatten die örtlichen Zeitungen ausführlich über die von der Katholischen Landjugend Verl (KLJB) organisierte Podiumsdiskussion im Vorfeld der Bundestagswahl am 19. November 1972 berichtet. Auch im Wahlmonat selbst traten die Herausforderer des CDU-Kandidaten und voraussichtlichen Siegers im Wahlkreis Paderborn-Wiedenbrück, Rainer Barzel, noch einmal als Wahlkämpfer in Verl in Erscheinung. Sie mussten sich dabei allerdings eine „schlechte Presse“ gefallen lassen: FDP-Kandidat Rudolf Augstein begrüßte ein junges Publikum zu einer Party mit Pop-Bands in der Ostwestfalenhalle in Kaunitz, „verschwand“ aber anschließend ohne eine Wahlkampfreden „in der Menge“, schrieben die Zeitungen. SPD-Kandidat Dr. Ulrich Lohmar hielt einen Vortrag in der Gastwirtschaft Ameling, dem „Deutschen Haus“, in Verl, musste sich jedoch über zu spät kommende Gäste auf laut knarrendem Parkettboden und einen Witzbold ärgern, der das Mikrophon eroberte und für seine „politischen Späße“ mehr Beifall erntete als der Hauptredner selbst. Während im Bundestagswahlkampf die Worte hin und her gingen, führte die politische Arbeit vor Ort zu greifbaren Ergebnissen: In Kaunitz fand das Richtfest des ersten Kindergartens in der Trägerschaft der politischen Gemeinde Verl statt. Die Zeitungen nutzen den Anlass, um einen Blick zurück zu werfen: Bereits vor der kommunalen Neugliederung, als die politische Gemeinde Österwiehe noch bestand, hatte sie 1968 beschlossen, dass wie im Dorf Verl auch im Dorf Kaunitz ein Kindergarten in kirchlicher Trägerschaft entstehen sollte. Die Gemeinde Österwiehe wollte die Kirchengemeinde St. Maria Immaculata dabei unterstützen. Doch das erzbischöfliche Generalvikariat gab keine Zuschüsse. Deshalb hatte nach dem Inkrafttreten der kommunalen Neugliederung zum 1. Januar 1970 die neue Großgemeinde Verl beschlossen, den Kindergarten in Kaunitz zu bauen. Jetzt war die Richtkrone über dem Gebäude mit drei Gruppenräumen für insgesamt 90 Kinder an der Straße „Zum Furlbach“ angebracht.

Ein Angebot für die alten Menschen in Verl fand ebenfalls im November in die Zeitungen: Jeden Mittwochnachmittag konnten sie sich in Zukunft in der Hauptschule im Speisesaal zwischen den beiden Lehrküchen zu einem geselligen Nachmittag versammeln, zu einem gemeinsamen Kaffeetrinken mit Gesprächen und Spielen. Das Angebot machte der soziale Arbeitskreis des Ortsvereins Verl des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), den die CDU-Politikerin Margarete Adamek leitete. Den Kuchen zum Kaffee brachten sich die betagten Gäste zunächst selbst mit.

„Alles Gute und Bewährte mit hinübernehmen“

Im Dezember 1972 verabschiedeten sich der Kreistag, der Landrat und der Oberkreisdirektor vom Kreis Wiedenbrück

Als Vorsitzender der CDU-Fraktion des Kreistags war auch Dr. Gregor Johannwille aus Verl am 16. Dezember 1972 unter denjenigen, die sich in der Kreisverwaltung in Wiedenbrück versammelt hatten. Sie wollten an diesem Samstag mit einer letzten Sitzung des Kreistags Abschied nehmen vom Kreis Wiedenbrück.

Viel hatte sich durch die Gebietsreform in den vergangenen Jahren geändert, die größere und damit leistungsfähigere Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen hervorbringen sollte. Auch im Kreis Wiedenbrück war die Anzahl der Städte und Gemeinden kleiner und gleichzeitig deren Gebiet größer geworden. So war das Amt Verl mit seinen fünf ihm angehörigen Gemeinden zum 1. Januar 1970 in zwei neuen Großgemeinden aufgegangen: Verl und Schloß Holte-Stukenbrock. Während letzteres seitdem zum Kreis Bielefeld gehörte, war Verl beim Kreis Wiedenbrück geblieben. Der sollte nun zum 1. Januar 1973 gemeinsam mit dem Kreis Halle den neuen Großkreis Gütersloh bilden. So bestimmte es das „Bielefeld-Gesetz“, das an diesem Tag in Kraft trat und den Kreis Bielefeld in der Stadt Bielefeld aufgehen ließ. Gleichzeitig kam Schloß Holte-Stukenbrock zum Kreis Gütersloh. 156 Jahre zuvor, 1816, hatte nach dem Ende der napoleonischen Ära Preußen aus den französischen Kantonen Reckenberg (vormals Amt Reckenberg mit Sitz in Wiedenbrück), Rheda (vormals Herrschaft Rheda) sowie Rietberg und Neuenkirchen (vormals Grafschaft Rietberg) den Kreis Wiedenbrück gebildet. „Es gab einen Landrat, einen Schreiber und einen Boten“, blickte Oberkreisdirektor Hans Schele auf die kleinen Anfänge der Verwaltung zurück. Seine Zuhörerschaft bildeten nicht allein die Mitglieder des scheidenden Kreistags, sondern „als Ehrengäste alle Frauen und Männer, die einmal Sitz und Stimme in einem Wiedenbrücker Kreisparlament hatten“, außerdem die Hauptgemeindebeamten und Bürgermeister der kreisangehörigen Städte und Gemeinden.



Das Wappen des Kreises Wiedenbrück setzte sich zusammen aus den Symbolen des Amtes Reckenberg (Rad), der Herrschaft Rheda (Löwe) und der Grafschaft Rietberg (Adler), denn das Kreisgebiet umfasste diese drei alten Territorien.

Landrat Paul Lakämper tat einen Blick in die jüngere Vergangenheit des Kreises Wiedenbrück seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und benannte dessen vorbildliche Leistungen: gut ausgebaute Kreisstraßen, Bodenverbesserung und Hochwasserschutz durch Gewässerausbau, stetige Förderung von Kultur, Sport, Berufs- und Sonderschulen, Jugend- und Sozialhilfe. Dabei habe „in den Kreistagen und Ausschüssen immer ein echter demokratisch-parlamentarischer Geist geherrscht“, habe die

Verwaltung „rationell und bürgernah“ gearbeitet. Der „ErfolgsKreis Gütersloh“, wie er sich heute selbst beschreibt, hatte demnach im Kreis Wiedenbrück einen würdigen Vorgänger.

Darum wollte der Landrat auch nicht schließen mit den Worten „Der Kreis Wiedenbrück ist tot, es lebe der Kreis Gütersloh“. Er wünschte vielmehr, „daß alles Gute und Bewährte im Kreis Wiedenbrück mit hinübergenommen werde in den Kreis Gütersloh, damit es dort zum Wohle der Bürger fortlebe.“